

# Arbeiter-Zeitung

Bei Abnahme mit Ausnahme der Sonntags- und Feiertagsausgaben: wöchentlich 0,60 RM., monatlich 2,00 RM., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 RM., unter Streifenband 3,00 RM. **Werbungpreis:** Die gewöhnlichen Wilmmerzeilen ober deren Raum 12 Pf., Vereins- und Werksammlungsanzeigen 8 Pf., Kellamercpreis: Die besetzten Wilmmerzeilen ober deren Raum im Text 70 Pf. — Schluss der Inseraten-Aufnahme in der Haupt-Expedition 5 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 12 Uhr.

**für Schlesien und Oberschlesien**  
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

**Hauptredaktion:** Berlin 10, Kottbusser Str. 84, Tel. 540 89.  
**Verlagsdirektion:** Berlin 244, Rebellengasse, Kottbusser Str. 50, Tel. 239 02. **Druckerei:** Berlin 12-13, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. **Stillelegungsstellen:** Gieseler, Weststr. 28, Tel. 4066; Dypala, Adlonstr. 11, Tel. 1544; Gieseler, S. 2, Telefon 3384. **Verlag:** Berlin, Kottbusser Str. 50, m. B. O., Berlin. — **Druck:** „Rotes“ Berlin, Kottbusser Str. 50.

## Verstärkte imperialistische Hehe gegen den Arbeiter- und Bauernstaat

# Das Echo der Sowjetnote

## Sozialdemokratische Giftmischer am Werk / „Volkswacht“ fälscht die Sowjetnote Kalinin über den China-Konflikt

Die Regierung der Sowjetunion hat der französischen Regierung mitgeteilt, daß sie den Vorschlag zur Vermittlung zu würdigen wisse, jedoch zuerst erwarte, daß die chinesische Regierung den alten Reichstag vor der Verhandlung wiederherstelle.

Der größte Teil der bürgerlichen Presse, vor allen Dingen aber die sozialdemokratischen Zeitungen, benutzen diese Stellungnahme zu einem Angriff gegen die Sowjetunion. Von der deutschnationalen „Schlesischen Tagespost“ bis zur „Volkswacht“ ist eine Einheitsfront gegen den Arbeiter- und Bauernstaat. Die „Tagespost“ schreibt über drei Spalten:

„Rußland lehnt die Vermittlung ab. Es besteht auf der Erfüllung seines Ultimatums an China.“

Die „Volkswacht“ heßt: „Rußland treibt weiter zum Kriege.“ Und der Lügen-Franzose kreischt im Kommentar:

„Aus dieser Antwort Rußlands geht klar hervor, daß Rußland eine friedliche Beilegung des Konflikts einfach nicht will, sondern auf eine gewalttätige Auseinandersetzung mit voller Absicht hinarbeitet.“ Der Grund, den Rußland in seiner Note für seine Weigerung, den Vermittlungsvorschlag Amerikas anzunehmen, angibt, ist ein leerer Scheingrund. Wenn die Note sagt, daß eine Vermittlung nicht möglich wäre, da die Regierung von Nanjing sich geweigert habe, die notwendige Rechtsbasis für Verhandlungen herzustellen, so kann sich das nur auf die Forderung des russischen Ultimatums beziehen, daß China alle strittigen Maßnahmen vor Aufnahme der Verhandlungen zurücknehmen solle; das heißt, Rußland verlangt, ehe Verhandlungen aufgenommen werden, daß China einseitig seinen Standpunkt aufgibt und die strittigen Fragen zugunsten Rußlands ohne weiteres entscheidet.“

So viele Worte, so viele niederträchtige Lügen! Die Sowjetunion hat nicht verlangt, daß China alle strittigen Maßnahmen vor der Aufnahme der Verhandlungen zurücknimmt. Eine solche Forderung wäre unsinnig, denn dann würden sich Verhandlungen erübrigen.

Die Sowjetunion hat verlangt, daß die räuberische Beschlagnahme der Ostbahn aufgehoben wird.

Die chinesische Regierung dagegen erklärt, daß sie an dem Raub der Ostbahn festhalte. Und auch in der Antwortnote auf den Vermittlungsvorschlag betont sie diesen Standpunkt.

In der Erklärung verlangt die chinesische Regierung, daß Rußland die erfolgte Besetzung der Ostbahn anerkenne, dann sei China zu Verhandlungen bereit. Das bedeutet, die chinesischen Imperialisten wollten, gestützt auf ihre Hintermänner, den jetzigen Zustand durch den Völkerbund oder die Mächte des Kellogg-Paktes bestätigt erhalten. Die Sowjetunion wäre dabei in einer verlorenen Position gewesen, sind doch die Vertreter, die ihre Vermittlung angeboten haben, die eigentlichen Antreiber und Auftraggeber zu dem Vorgehen Chinas. Eine solche Vermittlung auf der Basis, daß die Ostbahn durch die chinesischen Truppen besetzt blieb, könnte die Sowjetunion unter keinen Umständen annehmen. Die Gesamtlage verpflichtete die Sowjetunion im Interesse des internationalen Proletariats geradezu zu ihrer Handlungsweise. Der Angriff auf die Ostbahn ist das erste Vorstößen der Imperialisten zum Beginn der weiteren Intervention gegen die Sowjetunion. Die Nachgiebigkeit in diesem Falle hätte bedeutet, daß die Regierung der Sowjetunion die Arbeiter und Angestellten der Ostchinesischen Bahn, aber auch das gesamte revolutionäre chinesische Proletariat einfach dem Terror der Shanghaier überlassen hätte. Die Sowjetunion war geradezu verpflichtet, die Erregungswaffen der Arbeiter zu verteidigen. Das kann und konnte sie aber nur durch die jetzt von ihr eingeschlagene Haltung.

Die Sowjetunion führt seit zehn Jahren einen unablässigen Kampf für den Frieden. Erst vor wenigen Tagen ist die Sammlung der Dokumente zum Neuen Deutschen Verlag darüber herausgegeben worden, die einen unumstößlichen Beweis für diese Friedensarbeit darstellen. Diese Friedensarbeit ist der Unablässigkeit der ganzen Welt bekannt und hat der Sowjetunion die Sympathien breiter Massen gewonnen. Auch im jetzigen Konflikt hat die Sowjetunion eine beherrschende Haltung eingenommen. Die Pressereaktion der internationalen Imperialisten versuchen, jetzt diese zehn Jahre lange Friedensarbeit der Sowjetunion zu diskreditieren.

Bei dieser Verleumdungskampagne marschieren die SPD-Presse an der Spitze. Während die bürgerliche Presse in Schlesien den Wortlaut der Sowjetnote bringt, fälscht die Giftmischer in den Redaktionsstuben der SPD-Presse ihren Inhalt dadurch, daß sie die letzten entscheidenden Zeilen der Note, in denen der Friedenswille der Sowjetunion zum Ausdruck kommt, unterschlagen. Sogar das Augenmerk

Blatt, die „Neuesten Nachrichten“, bringt den entscheidenden Satz der Sowjetnote, der lautet:

Die Sowjetregierung werde jedoch im Interesse des Friedens keine kriegerischen Maßnahmen gegen China ergreifen, da sie den Interessen des Weltfriedens dienen wolle.

Davon erfahren die sozialdemokratischen Arbeiter kein Wort, obwohl gerade dieser Satz ein glänzendes Zeugnis für die Friedensliebe der Sowjetunion ist. Zu einer Zeit, als durch das Wolff-Büro der Wortlaut der Sowjet-Note bereits vorlag, verbreitete die „Volkswacht“ aus Riga folgenden „Eigene Funkbericht“:

Die russische Regierung hat dem französischen Vorkonsul in Moskau am Montag mitteilen lassen, daß Rußland den auf Veranlassung Amerikas von Frankreich im Vorschlag gebrachten Vermittlungsvorschlag ablehnen müsse. Die Regierung von Nanjing habe sich bisher strikte geweigert, die notwendige „Rechtsbasis“ für Verhandlungen herzustellen. Schon aus diesem Grunde bedauere die russische Regierung, auf den französischen Vermittlungsvorschlag nicht eingehen zu können.

Sozialdemokratische Arbeiter, so werdet ihr „informiert“, so werdet ihr bewußt belogen und betrogen von euren „linken Führern“, die systematisch den Haß gegen die Sowjetunion schüren.

Es liegt in der Linie des imperialistischen Vorstoßes gegen die Sowjetunion, daß eine solche Diskreditierung vorgenommen wird. Sie ist eine der Voraussetzungen für die Imperialisten, die Arbeiter zu einer kriegerischen Aktion gegen die Sowjetrepublik reiß zu machen. Gerade aber die feste Haltung der Sowjetunion gibt die sicherste Gewähr für die weitere Fortsetzung dieser Friedenspolitik. Diese sichere und feste Haltung der Sowjetrepublik gestattet es den Imperialisten nicht, einfach den Konflikt zu einer allgemeinen Intervention auszuweihen.

Der Präsident der Sowjetunion, Kalinin, hat auf einer Tagung des Industriegebietes von Jwanowski die Stellung der Sowjetunion klargestellt. Er erklärte, daß es nicht angehe, daß die chinesische Regierung beharrlich die Verträge, die sie mit der Sowjetregierung geschlossen habe, nicht erfüllt. Die Sowjetunion könne nicht zusehen, wenn ihre Vertreter schändlich verhaftet oder international diskreditiert werden. Die Sowjetregierung sei in ihren Handlungen bis zur äußersten Grenze vorsichtig und werde das auch weiter sein. Sie wolle keine kriegerischen Auseinandersetzungen.

## Auf Grundlage der Gleichberechtigung

# Wiederaufnahme der englisch-russischen Beziehungen

Oslo, 24. Juli. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der stellvertretende Außenkommissar der Sowjetunion, Karachan, den norwegischen Geschäftsträger empfangen, der ihm eine Mitteilung der englischen Regierung folgenden Inhalts übermittelte:

„Im Auftrage der Regierung Seiner Majestät übermittle ich Ihnen eine Erklärung der englischen Regierung, in dem die letztere erklärt, daß sie bereit ist, ihre diplomatischen Beziehungen mit der Regierung der Sowjetunion aufzunehmen. Die Regierung Seiner Majestät bittet die Regierung der Sowjetunion, einen Vertreter nach London zu entsenden, um alle schwebenden Fragen zu regeln. Die englische Regierung erklärt, daß die Wiederaufnahme der englisch-russischen Beziehungen auf dem Grundsatz des internationalen Rechtes erfolgen soll. Die englische Regierung hofft, daß die Beziehungen zu Rußland und England damit wieder normalisiert werden.“

Der stellvertretende Außenkommissar der Sowjetunion, Karachan, hat den norwegischen Geschäftsträger gebeten, die folgende Erklärung England zu übermitteln:

„Die Regierung der Sowjetunion ist bereit, ihre Beziehungen zu England aufzunehmen. Sie erklärt, daß der Abbruch der Beziehungen nicht durch eine Schuld der Sowjetunion erfolgte, für den Abbruch trägt die Regierung der



Genoss Kalinin

gen mit China. Aber wenn die vorsichtige Zurückhaltung die Feinde der Sowjetunion zu immer neuen Anschlägen veranlaßt, kann selbst nichts anderes, als wie das energisch zurückzuweichen. Ohne die Zurückhaltung der Sowjetunion wäre der Krieg in China schon entbrannt. Wäre die Nanjing-Regierung gegen einen der imperialistischen Staaten mit der gleichen Methode vorgegangen, diese Staaten hätten ihre Soldaten marschieren und ihre Kriegsschiffe in China einrücken lassen. Nur die Sowjetunion kennt eine solch ungeheure Mäßigung. Nur sie kämpft so entschieden und energisch für den Frieden. Kein russischer Soldat ist über die Grenze vortorget. Selbst die bürgerliche Presse muß heute alle die Meldungen darüber als erlogen zurücknehmen. Sicherlich würde der Vorstoß der Imperialisten bedeutend stärker geführt werden, wenn nicht zwischen ihnen selbst einige Differenzen beständen. Der Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung“ hat die Hintermänner dieses Vorstoßes aufgezeigt und erklärt, daß der Kampf um den Besitz der Mandchurie nach der Vertreibung der Sowjetrussen aus der Mandchurie erst beginne. Jetzt wird bekannt, daß der amerikanische Staatssekretär Stimson erklärt hat, daß Verhandlungen erst dann möglich seien, wenn der Status quo ante wieder hergestellt sei. Diese Stellung hat keineswegs mit einer besonderen Freundschaft für Sowjetland etwas zu tun. Die Amerikaner haben die Sowjetunion bisher noch nicht anerkannt. Diese Stellung bedeutet, daß die Amerikaner sich Sicherungen gegen Japan verschaffen wollen. Die verschiedenartige Haltung der einzelnen Staaten kennzeichnet nur den Ernst der Gefahren, die in der Mandchurie bestehen. Die Arbeiterklasse muß sich geschlossen gegen die imperialistischen Räuber und sozialfaschistischen Helfer wenden.

Sowjetunion keine Verantwortung. Die Sowjetregierung ist bereit, mit der englischen Regierung sämtliche politischen Fragen zu regeln und hat den Sowjetbotschafter in Paris, Dombrowski, Anweisung gegeben, nach London zu fahren und in Verhandlungen mit dem englischen Außenministerium zu treten. Die Regierung der Sowjetunion erklärt, daß die Wiederaufnahme der englisch-russischen diplomatischen Beziehungen auf dem Grundsatz der Gleichberechtigung erfolgen soll.“

Indem die Note der Sowjetunion noch einmal die verbrecherischen Provokationen des englischen Imperialismus, die zum Abbruch der Beziehungen mit der Sowjetunion geführt haben, festlegt, betont sie zugleich energisch, daß die kommenden Verhandlungen nur auf der Basis der Gleichberechtigung stattfinden können. Das in dieser Sprache, die der englischen „Arbeiterregierung“ deutlich zeigt, daß die Sowjetunion sich nicht von ihrer Größe abhängig fühlt. Gestützt auf die Sympathie der englischen Arbeiterklasse, deren Druck die Labour-Regierung sich nicht entziehen kann, wird sie die Verhandlungen über die Herstellung der Beziehungen wieder aufnehmen. Wie sich diese Beziehungen gestalten werden, wird wesentlich abhängen von der englischen Arbeiterklasse und ihrem Kampf gegen den englischen Imperialismus.

# Wozu Antikriegskomitees?

Über die Notwendigkeit, das Proletariat gegen die drohende Kriegsgefahr zu alarmieren und zu mobilisieren, kann es unter denkenden Arbeitern keine Meinungsverschiedenheiten mehr geben. Die Forderungen vom sogenannten „Leninbund“ und vom Branderschen Familienverein vertreten zwar die Meinung, daß es keine akute Kriegsgefahr gibt, oder diese Diktatorien für die imperialistischen Kriegstreiber hat bereits unter dem Eindruck der furchtbaren ersten Taten ihre Wirkung verloren. Weniger klar sind sich jedoch die Massenbewegten Arbeiter über die organisatorischen Aufgaben, die mit der politischen Aufgabe der Massenmobilisierung zur Verteidigung der Sowjetunion untrennbar verbunden sind.

„Wozu Antikriegskomitees?“ — so hört man öfters. Wir haben doch unsere Betriebsräte; die Partei und die Sympathisierenden-Organisationen arbeiten im Betrieb, warum schon wieder eine neue Organisationsform schaffen?

Der die Frage so stellt, der hat noch nicht begriffen, daß der Kampf gegen den Krieg nicht die Aufgabe einzelner Organisationen ist, sondern eine Aufgabe der gesamten Proletariatsmassen. Betriebsräte, revolutionäre Gewerkschaftsfunktionäre oder Parteiorganisationen können der Arbeitermasse nicht die Aufgaben der Organisation oder Durchführung des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg abnehmen. Der rote Betriebsrat, die Betriebszelle, die nicht organisatorisch mit der Arbeitermasse in allen Abteilungen des Großbetriebes verbunden sind, können keine wirkliche Massenbewegung führen.

Antikriegskomitees sind darum nicht Spitzenpersönlichkeiten, die bürokratisch von irgendwelchen Instanzen eingesetzt werden, sie können ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie wirklich aus dem politischen Leben der Arbeitermasse herauswachsen. Wenn durch Betriebszellen, durch Betriebsversammlungen, durch Sympathisierendenversammlungen, durch Agitation von Mund zu Mund die Belegschaft für die Frage des Kampfes gegen den drohenden Krieg interessiert ist, dann erst kann man in einer Belegschaftsversammlung ein Antikriegskomitee wählen, in dem jede einzelne Abteilung eines Großbetriebes vertreten ist. Man muß besonderen Wert darauf legen, daß an diesen Komitees nicht nur Kommunisten, sondern auch Massenbewegte aktive Arbeiter, die keiner Organisation oder der S.P.D. angehören, teilnehmen. Die Arbeiterschaft muß begreifen, daß die Verteidigung des einzigen proletarischen Staates gegen die Angriffe der Imperialisten keine Parteiangelegenheit der Kommunisten, sondern eine Lebensnotwendigkeit für das gesamte Proletariat ist.

Welche konkreten Aufgaben haben nun die in den Betrieben gebildeten Antikriegskomitees? Die nächste praktische Aufgabe ist die Vorbereitung einer mächtigen Massenkundgebung gegen den drohenden Krieg am Internationalen Antikriegstag am 1. August. Man soll sich diese Aufgabe nicht zu leicht vorstellen. Niemand weiß, welche

Unterdrückungsmaßnahmen die Kriegstreiber, insbesondere die sozialdemokratischen Volksgezwungen, bis zum 1. August treffen werden, um eine Solidaritätsaktion für das bedrohte Vaterland aller Werktätigen zu verhindern. Die Demonstration muß, um einen wirklichen Massencharakter zu erhalten, von den Betrieben aus erfolgen. Verstößen die revolutionären Arbeiter nicht, die Massendemonstration zu organisieren, so daß die Arbeiter geschlossen von ihren Arbeitsstellen zur Demonstration marschieren, dann werden auch die revolutionären Arbeiter, die sonst bereit sind, unter den Forderungen der S.P.D. zu demonstrieren, vor der Betriebsdemonstration zurückzureden, weil sie sich den Spitzeln des Unternehmers nicht preisgeben wollen. Nur die geschlossene Beteiligung der großen Masse der Belegschaft sichert die Arbeiterschaft vor den Gegenmaßnahmen des Unternehmers und der Polizei. Das gilt in besonderer Maße für die Durchführung der Arbeitsruhe als eines politischen Demonstrationstreiks gegen den imperialistischen Krieg.

Über die Aufgaben der Antikriegskomitees erschöpfen sich keineswegs mit der Vorbereitung der August-Demonstration. Wie immer der Kampf im Osten sich weiterentwickeln mag, die Kriegsgefahr kehrt dauernd auf der Tagesordnung. Und darum muß die Arbeiterklasse einen dauernden systematischen Abwehrkampf gegen die Kriegsvorbereitungen der Bourgeoisie und ihrer Agenten führen. Ständige systematische Beobachtung der industriellen Kriegsvorbereitungen, die speziell diese Fragen behandeln, Reinigung des Betriebes von den faschistischen und sozialfaschistischen Vertrauensmännern der Bourgeoisie, die im Kriegsfall die Mobilisierung der Betriebe durchführen sollen, Herstellung der Verbindung mit anderen Betrieben, Organisation von Antikriegskomitees in wichtigen Kriegsindustrien und dergleichen. Alles das muß von unten auf durchgeführt werden. Die Antikriegskomitees, die örtlich oder bezirklich gewählt werden, haben im größeren Maßstab die gleichen Grundlagen und die gleichen Aufgaben. Dabei ist es besonders wichtig, daß die Delegierten der Betriebe, der Massenorganisationen, der Jungarbeiter und der werktätigen Frauen, die in solche Antikriegskomitees delegiert werden, mit den Arbeitern, von denen sie gewählt wurden, ständig in Verbindung bleiben und regelmäßig über die Beratungen und Beschlüsse der Antikriegskomitees Bericht erstatten. Nur so können diese Komitees wirkliche Massenorgane sein und die Beschlüsse verwirklichen, die gefaßt werden.

Es liegt in der Hand der Arbeiterschaft, ob sie noch einmal für die Interessen des Kapitalismus bluten oder ihre ganze Kraft für ihren eigenen Krieg, den Krieg der Ausgebeuteten gegen die Ausbeuter, für den Krieg zum Sturz der kapitalistischen Herrschaft einsetzen wird. Die Einheitsfront der proletarischen Massen von unten auf gegen die Imperialisten und ihre organisatorische Grundlage, die zur Durchführung der großen politischen Aufgaben des revolutionären Proletariats in der gegenwärtigen kritischen Lage notwendig ist.

# Chinesische Truppentransporte nach der Nordmandschurei

TU. Peking, 22. Juli. Wie das chinesische Kriegsministerium mitteilt, sind am Sonntag sechs Divisionen nach der Nordmandschurei abgegangen, um die Ostbahn vor einem russischen Angriff zu schützen. Außerdem werden am Mittwoch zwei Kavalleriedivisionen von Peking nach der Ostbahn abtransportiert werden. Nach chinesischen Mitteilungen befinden sich augenblicklich ungefähr 210.000 Soldaten in der Nordmandschurei.

## Ein Wahlerfolg der SPD.

Am Sonntag, dem 21. Juli, fand in Schmarzow, einem kleinen Ort Thüringens, erneut die Wahl zum Gemeindeparlament statt. Die Wahl vom Dezember vorigen Jahres, die nur eine ganz knappe kommunistische Mehrheit erbracht hatte, wurde auf Antrag der Bürgerlichen für ungültig erklärt. Die Bürgerlichen hatten nichts unversucht gelassen, um eine wilde Hege gegen die bisherige Gemeinderatsmehrheit, und besonders gegen den Gemeindevorsteher, Genossen Hugo Herber, zu entfalten, um die Wahl in ihrem Sinne zu beeinflussen. Die Werktätigen von Schmarzow haben den Bürgerlichen am Sonntag die Quittung gegeben. Das Wahlergebnis ist folgendes:

Liste 1 SPD	344 Stimmen
Liste 2 Vereinigte Arbeiterpartei	183 Stimmen
Liste 3 Gemeindevorsteher	124 Stimmen
Ungültig	10 Stimmen

Die Wahlbeteiligung betrug 90 Prozent. Bei der Gemeindevorwahl am 2. Dezember wurden für die SPD 809 Stimmen abgegeben. Die kommunistische Liste hat also gegenüber der letzten Gemeindevorwahl 35 Stimmen Gewinn und hat dadurch eine ganz klare Mehrheit über alle anderen Listen zusammengekommen erhalten.

## Erwerbslose in der Antikriegsfront

Der massenhafte Entzug der Unterstützung durch den Stryper-Erlaß, die neue Kriensfürsorgeordnung Wiffells und die Anweisungen Severings und Wiffells an die sozialen Ministerien der Länder sind die ersten Etappen zu dem großen Unterstützungsaufbau, der im Spätsommer im Reichstag beschlossen werden soll.

Dreierlei soll damit erreicht werden:

1. sollen Mittel eingespart werden, die für die Aufrüstung und die Erhaltung des staatlichen Machtapparates Verwendung finden sollen.
2. Die Erwerbslosen sollen gezwungen werden, jede Arbeit zu tun, von den Unternehmern diktierten Bedingungen anzunehmen. (Lohnbruch — Streikbruch.)
3. aus den Reihen der hungernden Erwerbslosen sollen die Reserven für die imperialistischen Kriege gewonnen werden.

Die Erwerbslosen erkennen das immer mehr und wehren sich dagegen. Sie reißen sich ein in die Antikriegsfront und kämpfen gemeinsam mit den Betriebsaktiven. In allen Versammlungen der letzten Zeit kommt das zum Ausdruck. In einer Versammlung der Schleichhuser Erwerbslosen diskutierte die Anwesenden sehr lebhaft über die letzten Abbaumagnahmen sowie über die Kriegsgefahr. Sie wählten zwei Delegierte für das Antikriegskomitee und beschloßen, am 4. August in Wiesdorf-Debertufen zu demonstrieren.

Am Donnerstag, dem 18. Juli, tagte eine Erwerbslosenversammlung in Hannover. 5 Kollegen wurden als Delegierte zu dem am 28. Juli stattfindenden Arbeiterdelegiertenkongress gewählt.

Die Erwerbslosen in Freiberg (Sachsen) wählten zwei Delegierte für das Freiburger Antikriegskomitee und nahmen eine Resolution an, in der sie die gesamte Arbeiterschaft auffordern, geschlossen gegen den Unterstützungsaufbau an den Erwerbslosen und gegen die drohende Kriegsgefahr zu kämpfen. Die Versammelten fordern die Arbeiterschaft auf, in allen Orten Arbeiterwehren zu bilden, um den Kampf gegen die reaktionären Bestrebungen sowie gegen den imperialistischen Krieg zu eröffnen. Sie verpflichten sich, geschlossen an der Demonstration am 1. August teilzunehmen.

Der Provinzialausschuß der Erwerbslosen für Berlin-Brandenburg hat einen Aufruf an alle Erwerbslosen, Arbeiter und Angestellte, erlassen, in welchem auf die drohende Kriegsgefahr sowie auf die Abbaumagnahmen in der Erwerbslosenfürsorge hingewiesen wird. Er fordert die Erwerbslosen auf, Delegierte in die Antikriegskomitees zu wählen, am 1. August gemeinsam mit den Betriebsaktiven zu demonstrieren unter folgenden Forderungen:

- Für die Einreihung aller Erwerbslosen in den Produktionsprozeß!
- Für ausreichende Unterstützung!
- Gegen den Abbau der Erwerbslosenunterstützung!
- Gegen den imperialistischen Krieg und den Sozialfaschismus!
- Für die Verteidigung der Sowjetunion!

## Kleine Nachrichten

### 7 Tote bei Zusammenstoß zwischen Zug und Auto

TU. London, 23. Juli. Nach einem Telegramm aus Caion, im Staate Ohio, wurden bei einem Zusammenstoß zwischen einem Auto und einem Zuge sieben Personen getötet. Die Körper der Toten wurden etwa eine Viertelmeile entlang der Bahnlinie zerstreut.

### Der Beginn des Ulls-Prozesses

TU. Rattowitz, 23. Juli. Bei überaus großem Zuschauerandrang begann in dem bis auf den letzten Platz gefüllten Keinen Gerichtssaal vor der Strafkammer in Rattowitz der Prozeß gegen den Geschäftsführer des Deutschen Volksbundes Otto Ulls.

### Zeitungsbeschlagnahme wegen eines Artikels zum Ulls-Prozeß

TU. Rattowitz, 24. Juli. Die Mittwochsausgabe des deutsch-sozialdemokratischen „Volkswillens“ wurde wegen eines Artikels zum Ulls-Prozeß, unter dem Titel „Recht oder Vergeltung“, von der Polizeidirektion in Rattowitz beschlagnahmt.

### Ein englischer Dampfer mit einem Eisberg zusammengefahren

TU. London, 23. Juli. In London wurden funktelegraphische Meldungen von dem 5700 Tonnen großen englischen Petroleumdampfer „Vineira“ aufgefunden, in denen der Kapitän mitteilt, daß der Dampfer in der Nähe von Neufundland mit einem Eisberg zusammengefahren ist. Der Kapitän hat um Entsendung von Schleppern, damit das Schiff in den nächsten Hafen abgeschleppt werden kann.

Einer Meldung aus Glasgow zufolge soll bereits ein Schlepper eingetroffen sein.

# Deutschland bewaffnet Tschangkaifschel

## Norddeutscher Lloyd-Dampfer „Falle“ mit Munitionsladung nach Schanghai

### Verhindert die Waffentransporte!

Danzig, 22. Juli. Am 19. Juli hat der weit über 9000 Tonnen fassende Dampfer „Falle“ des Norddeutschen Lloyd mit einer ungeheuren Ladung Gewehr- und Maschinengewehrmunition den Hafen Obdingen mit dem Ziel Schanghai verlassen.

Die „F.“ erfährt zu diesem ungeheuerlichen Fall:

Die Matrosen des in Hamburg beheimateten Schiffes hatten sich geweigert, den Transport für den Kriegsprovokateur Tschangkaifschel zu übernehmen und zu befördern. Sie verließen geschlossen den Dampfer und mußerten ab. Der Kapitän fuhr daraufhin nach Danzig, um dort neue Mannschaft anzumustern. Aber überall wurde ihm von den Matrosen erklärt, daß sie in proletarischer Solidarität zur Sowjetunion händen und gar nicht daran dächten, ihre Todsünde selbst zu bewaffnen. Schließlich mußte sich der Kapitän nicht mehr anders als durch Anheuerung polnischer Besatzung zu helfen, mit der er am Freitag Obdingen verließ.

Als vor zwei Jahren die kommunistische Presse angeichts der unaufrichtigen Waffen- und Munitionslieferungen nach China Alarm schlug, schloßen auf Anregung Strejsemanns die deutschen Needer und Exporteure ein „gentlemen agreement“ ab. Dieses Abkommen besagte, daß aus deutschen Häfen und auf deutschen Schiffen

keine Waffen und Munition nach China befördert werden sollten. Doch unsere Kapitalisten wissen sich zu helfen. Geht es nicht über Hamburg und Stettin, so geht es über Rotterdam, die englischen Häfen oder den jetzt polnischen Hafen Obdingen. Es ist ja nicht irgendwer, der den Transport ausführt, sondern der Norddeutsche Lloyd ist Inhaber des „Falle“. Und der Norddeutsche Lloyd — das sind die ihn leitenden Kapitäne der deutschen Wirtschaft. Sie verwandeln nicht nur das Blut der von Tschangkaifschel mit deutschen Waffen ermordeten Aulis in klingende Münze, sondern nehmen den chinesisch-japanischen Konflikt zum Anlaß, um den Kriegsprovokateur von Manting von neuem zu bewaffnen. Hier ist die Probe aufs Exempel gemacht, was es mit der Neutralität der deutschen Bourgeoisie auf sich hat. Sie ist nicht neutral, sondern greift aktiv in den imperialistischen Kampf gegen die Sowjetunion ein.

Diese Tatsache weist den deutschen Arbeitern den Weg, den sie in ihrer Antikriegsaktion zu gehen haben. Die Wirkung der Massendemonstration am 1. August muß gesteigert werden durch die Arbeitsniederlegung eine Stunde vor Betriebschluß, durch Bildung von Antikriegskomitees in den Betrieben.

# Bierstuhlsystem angenommen!

## Landeshuter Textilproleten wiederum verraten!

Breslau, 21. Juli.

Die „Berghaus“ vom Dienstag meldet:

In neunständiger Verhandlung wurde heute gegen Mitternacht eine Tarifvereinbarung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen für Drei- und Bier-Stühle-Bedienung getroffen und die hierfür geltenden Allordrichtsätze festgesetzt. Die Mitwirkung der Betriebsräte bei der Einführung der Mehrschichtbedienung wurde vom Arbeitgeberverband für eine selbstverständliche Notwendigkeit erklärt. Die Vereinbarung bleibt unwirksam, wenn die Wiedereinstellung der Betriebsräte nicht erfolgt.

Wir fragen: Warum verschweigt das sozialdemokratische Blatt die Mitteilung über Art und Höhe der festgesetzten Allord-

richtsätze für Drei- und Bier-Stühle-Bedienung? Wir fragen ferner: Wer hat die Verhandlungen geführt? Die Gewerkschaftsbürokraten oder die von den Belegschaften gewählten Textilproleten? Die Art der Mitteilung des sozialdemokratischen Blattes läßt darauf schließen, daß die Vereinbarung über die Köpfe der beteiligten Arbeiter hinweg erfolgt ist und die Gewerkschaftsbürokraten dem Bierstuhlsystem zugestimmt haben, nachdem die Unternehmer „gnädigst“ versicherten, daß sie die Betriebsräte wieder einstellen werden.

Wir werden zu dem abgeschlossenen Schacher Stellung nehmen, sobald nähere Einzelheiten über die Art der Vereinbarungen vorliegen werden!

## Die „Bremen“ in Neuport angekommen

### Der Triumph des deutschen Nationalismus

Neuyork, 22. Juli. Der neue Schauldampfer „Bremen“ hat heute nachmittags um 3 Uhr 2 Minuten Neuport Sommerzeit (8:02 Uhr abends nach Berliner Zeit) das Leuchtschiff im Ambroß-Kanal passiert. Die Fahrzeit der „Bremen“ von Cherbourg nach Neuport betrug vier Tage 18 Stunden und 17 Minuten, womit die bisherige Rekordzeit des Kanard-Dampfers „Marcelina“ um 8 Stunden und 17 Minuten unterboten wird.

Damit hat, wie die Presse allgemein in überschlagendem Nationalismus feiert, wieder ein deutscher Dampfer das „Blau Band des Ozeans“ gewonnen, das dem Schiff zufällt, das in der kürzesten Zeit den Ozean überquert. Trotz des verlorenen Krieges sind wir in der Welt voran, heißt es. Bewußte und gefährliche Stimmungsmache!



# Die plötzlichen „Freunde“ Chinas

„Die chinesischen Eisenbahnen den Chinesen!“ — „Nieder mit den imperialistischen Vorrechten im fremden Land!“ — „Nieder mit dem Imperialismus im roten Gewand!“ — So ruft die „linke“ sozialdemokratische „Volkszeitung“ aus, und der ganze Chorus der deutschen Presse von der SPD bis zu den Böllern stimmt ein. Das Mitgefühl mit dem armen, unterdrückten, ausgebeuteten chinesischen Volk ist erwacht! Die imperialistische Fremdherrschaft in China soll gebrochen werden!

Wie, meine Herren „Chinafreunde“, sollen die 15 000 Kilometer chinesischer Eisenbahnen, die den Imperialisten in China gehören, die Bergwerke, Textilunternehmungen und anderen Industriezweige, die zu 80 Prozent in der Hand ausländischer kapitalistischer Mächte sind, die ausländischen Banken, Schiffe, Ländereien, der Großhandel, kurz alles von den Imperialisten geraubte Gut ihnen vom chinesischen Volk wieder entzogen werden? Sollen die Imperialisten aus den Konzeptionen in den chinesischen Städten, über die sie sich das alleinige Verfügungsrecht angeeignet haben, die für „Gunde und Chinesen“ gesperrt sind, vertrieben werden? Sollen die Hunderttausende imperialistischer Soldaten, die Kriegsschiffe dieser ausländischen Staaten und ihre Bomben- und Erkundungsflugzeuge aus China herausgeworfen werden?

Keineswegs! Es handelt sich doch nur um den sogenannten „roten Imperialismus“, um die Sowjetunion, die keinen einzigen Soldaten auf chinesischem Boden, kein einziges Kriegsschiff in chinesischen Gewässern und Häfen, kein einziges Land, kein Bergwerk, keine „Konzeption“, keine eigene Gerichtsbarkeit in China besitzt, die auf alle Vorrechte des Faschismus in China freiwillig als einzige fremde Macht verzichtet hat.

Ihr Herren deutschen Konterrevolutionäre, euer Mitleid mit dem „chinesischen Volk“ ist ein ungeheurer Betrug an den gequälten, ausgeplünderten Millionenmassen chinesischer Arbeiter und Bauern! Er soll eure Kriegsziele gegen den russischen Arbeiterstaat verdeckeln!

Und dieses „Mitleid“ kommt zu einem sehr eigenartigen, sehr späten Zeitpunkt zum Ausdruck! Wo wart ihr denn, ihr „chinesischen „Volksfreunde“, in den Jahren 1924 bis 1927? Damals, als die welthistorische nationale Freiheitsbewegung in China ihren atemberaubenden grandiosen Vormarsch begann? Als von Kanton aus die von den Imperialisten gekauften, organisierten, geleiteten chinesischen Konterrevolutionären Heere der Wupeifu, der Suntschuanfang und anderen geschlagen wurden? Als China die Aufhebung der ungleichen Verträge forderte, die das ganze Volk verslaven? Wo war damals euer Mitleid? Wart ihr damals nicht die verbissensten Feinde der nationalen Freiheitsbewegung? Dieselbe bürgerliche Pressefanaille brüllt sich vor Chinaliebe heißer, dieselbe, die zum Vorgehen aller imperialistischen Staaten gegen China im Jahre 1900, als 200 der wertvollsten chinesischen Tempel und Schlösser ausgeplündert und verbrannt wurden, als man nicht Hunderte, sondern Zehntausende wehrlose Chinesen schlimmer als das Vieh abschlachtete, als die imperialistischen Räuber sich ungeheure Ländereckten mitten aus dem Körper Chinas heraus schnitten, und als China noch zum hohen Kriegsschädigung! — hunderte Millionen Taels sogenannte „Vorgeantwärtigung“ — bezahlen mußte, jubelnd Weisfall klatschte! Dieselbe deutsche bürgerliche Pressefanaille, die bis zum Jahre 1929 ein niederträchtiger Feind Chinas blieb, die allen neuen imperialistischen Schandtatzen zustimmte, die, nur durch den Versailler Friedensvertrag gezwungen, auf einen Teil der imperialistischen Vorrechte in China verzichtete, die aber, auch mit zerbrochenem Raubtiergebiß, ein imperialistischer Räuber blieb.

Und die Sozialdemokraten? Wir werden diesen Heuchlern die scheinheilige Maske der Chinafreundlichkeit vom Gesicht reißen. Wir werden einen kleinen Bruchteil ihrer Dokumente, ihrer Reden, ihrer Handlungen hier enthüllen. Denn sie waren und bleiben die Mitschuldigen an der kolonialen Sklaverei, sie ermöglichen erst diese Sklaverei dadurch, daß sie alle Schandtatzen der Imperialisten in China — wie in allen Kolonien — verhüllen und decken und so die Arbeiter der ganzen Welt verpiren, täuschen und die internationale Proletarierkollaboration mit den Kolonialvölkern zertören helfen.

Hier einige Dokumente der letzten Jahre!

Mit dem Beginn des imperialistischen Weltkrieges 1914 waren alle Schwüre der Proletarierkollaboration mit den unterdrückten Kolonialvölkern vergessen und verraten. Zwar waren die Worte, die die 2. Internationale nach Beendigung des Weltkrieges bei ihrer Stellungnahme zur kolonialen Sklaverei gebrauchte, gewunden und gedreht, besonders in den Jahren 1924—1927, als der nationale Befreiungskampf des 450-Millionen-Volkes in der ganzen Welt bis in die Kreise des Kleinbürgertums hinein Jubel und Begeisterung weckte. Aber der konterrevolutionäre Pferdesuß kam selbst hinter den gemundeten Resolutionen der 2. Internationale und ihrer Sektionen zum Vorschein.

Der „Vorwärts“, das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, schrieb am 4. Juni 1925 offen und brutal:

„Andererseits bleibt die Frage offen, ob man den Schutz der Fremden schon jetzt den chinesischen Behörden vorbehaltlos anvertrauen kann. Nach den Ereignissen des letzten Jahres, die sich als ein Gemisch von Bürgerkrieg und Räuberunwesen darstellen, läßt sich diese Frage kaum bejahen. Ebensonenig läßt sich eine Lösung des Problems in der Form empfehlen, daß die ausländischen Unternehmer, Kaufleute usw. einfach Hals über Kopf das Feld räumen.“

Das ganze dem chinesischen Volke gestohlene Gut, die Eisenbahnen, Fabriken, Bergwerke, Banken, diese Profite preisgeben? Nein! Das tut kein deutscher Mann! Das muß mit Feuer und Schwert geschlichtet werden. Denn die Chinesen sind noch nicht „reif“, es zu verwalten. Erst schickt die deutsche Bourgeoisie für fliegende Münze an die chinesischen weißgardistischen Räubergenerale Waffen und Munition, wie im deutschen Reichstag einwandfrei festgestellt wurde, nachher entzückt sie sich über das „Gemisch von Bürgerkrieg und Räuberunwesen“, das sie selber großziehen half.

Jourhaug, ein Führer der französischen Sozialdemokratie, hielt in der Jubiläumnummer des „Ateliers“, einer von ihm geleiteten Zeitschrift, die „wirtschaftliche Modernisierung Chinas“ für notwendig. Sie durchzuführen, sind die Chinesen natürlich noch nicht „reif“. Ihre Durchführung muß von Kruppischen Kanonenrohren geschützt werden.

Macdonald, der heutige englische Ministerpräsident, erklärte im Abgeordnetenhaus unter dem Beifall der Konservativen, daß „das Leben der britischen Bürger in China geschützt werden muß“. Der damals noch „linke“ Swales, ein Mitglied des Generalkrates der englischen Gewerkschaften, betonte, daß „nicht einmal die Mitglieder der englischen Arbeiterbewegung unter den gegenwärtigen Verhältnissen die endgültige Räumung Chinas durch die englischen Truppen fordern werden.“

„Eine Vertreibung der Fremden ... würde nur zum Schaden Chinas ausfallen.“ schrieb wohlmeinend am 18. Juli 1925 die verbreitete sozialdemokratische deutsche Zeitschrift, die „Sozialdemokratie“.

Das Büro der 2. Internationale warnte schließlich die chinesischen Arbeiter vor der „großen Gefahr des Nationalismus“.

Aber es blieb nicht bei Worten. Als chinesische Studenten in Berlin in einer Versammlung ihre Sympathie mit den chinesischen Befreiungskämpfern zum Ausdruck bringen wollten, ließ der sozialdemokratische Polizeipräsident Jörgel die Studenten verhaften und mißhandeln. Die französische Polizei warf die nationalrevolutionären chinesischen Studenten aus Frankreich heraus. Nur die Sowjetunion bereitete ihnen ein herzlich willkommen und ein gastfreies Asyl.

Die chinesische Bourgeoisie verriet, erschreckt vor den beispiellosen Erfolgen des chinesischen Proletariats im nationalen Befreiungskampf, die Revolution. Die Nanjing-Regierung wurde das Zentrum der chinesischen Konterrevolution. Aber deshalb gaben England und die anderen imperialistischen Staaten China nicht frei. Im Gegenteil Sie verstärkten die militärische Besetzung. Die Sozialdemokraten unterstützten weiter wie bisher die imperialistische Kolonialsklaverei.

Im Januar 1927 erklärt Macdonald im „Socialist Review“:

„Ein bloßes Davonlaufen (aus China) würde sicherlich unsere Stellung gegenüber der konterrevolutionären Regierung nicht festigen.“

„Unzere Stellung“ — die Stellung der englischen Kapitalisten und ihrer Sozialdemokraten. „Wir“ würden unsere Extraprofite verlieren, und das kann doch ein wahrer Friedensfreund und Sozialist wie Macdonald nicht zulassen!

Der jetzige englische sozialdemokratische Minister Thomas untertrich diese Ausführungen Macdonalds im „Daily Herald“ vom 22. Januar und fügte ergänzend hinzu:

„Wenn schon Truppen (nach China) geschickt werden müssen, so würde ich es unendlich mehr vorziehen, große Armeen anstatt einer Handvoll Leute zu schicken.“

Für die französische Sozialdemokratie führte Baronne, der sozialdemokratische Generalgouverneur Indochinas, der größten französischen Kolonie, dieses Rezept durch. Er erklärte stolz:

„Ich habe die Grenzen (gegen das revolutionäre China) in Verteidigungsstand gesetzt. Noch vor meiner Abreise nach Indochina schickte ich Munition aus Frankreich dorthin, später folgte Kriegsmaterial und schließlich Vertärlungen. Seit meiner Ankunft dort wurde mit der größten Eile an der Befestigung der chinesischen Grenze gearbeitet. Heute können wir im Schutze einer soliden Verteidigung systematisch die militärische Abwehrorganisation vorbereiten.“

## Wichtige Beschlüsse des Exekutivkomitees

Moskau, 22. Juli.

Das Politische Sekretariat des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale gibt folgendes Komunique heraus:

„In diesen Tagen beendete das zehnte Plenum des CKKJ seine Arbeiten. Auf der Tagesordnung standen folgende Fragen: 1. Die internationale Lage und die Aufgaben der kommunistischen Internationale (Referenten: Genossen Kusinen und Manuilski); 2. Die Wirtschaftskämpfe und die Aufgaben der kommunistischen Parteien (Referenten: Genossen Thälmann und Losowski); 3. Der internationale Tag gegen den imperialistischen Krieg (1. August) (Referent: Genosse Varsé).“

An der Erörterung der Referate beteiligten sich aktiv Vertreter aller wichtigsten kommunistischen Parteien.

Das Plenum beschloß, die Genossen Bucharin, Gillom, Serra und Humbert-Droz von den Verpflichtungen als Mitglieder des Präsidiums des CKKJ zu entbinden.

Wie notwendig beratige Maßnahmen gegen die für die Selbstverwaltung noch unreifen Chinesen waren, zeigte die chinesische Kündigung des belgischen Vertrages aus dem Jahre 1866. Dieser Vertrag ist einer der berühmtesten „ungleichen Verträge“, die mit Waffengewalt vor Jahrzehnten den Chinesen aufgezwungen wurden und die China alle Rechte (die eigene Gerichtsbarkeit, die Zollhoheit, die Verfügungsgewalt über die Konzessionen usw.) nehmen und die Stationierung starker militärischer Kräfte der Imperialisten auf chinesischem Boden und in chinesischen Häfen sanktionieren. Die Kündigung erfolgte im Jahre 1927, einige Monate vor Ablauf des Vertrages. In Genf auf der Tagung des Völkerbundes protestierte der belgische Sozialdemokrat de Broderre gegen diese „einseitige“ (wörtlich) Aufhebung des Vertrages von 1866 durch China, gegen diese „schreckliche Verletzung des Völkerrechts“ (wörtlich). Er erklärte:

„Wir sind stark im Bewußtsein unseres Rechtes. Nicht allein Belgien, sondern ganz Europa und seine Zukunft im Fernen Osten sind in Frage gestellt.“

Die Herrschaft der Weltbourgeoisie wäre in Frage gestellt, nicht nur, wenn sie keinen militärischen Unterdrückungsapparat, sondern auch wenn sie keine Sozialdemokraten hätte, diese Heuchler und Verräter an der Arbeiterbewegung. Mögen die deutsche Bourgeoisie und die Sozialdemokratie rühmliche Kränze über das arme China verlegen, das vom „roten Imperialismus“, von der Sowjetunion, „vergemaltigt und ausgeplündert“ wird. Mögen sich die Sozialdemokraten aller Länder mit dem Henker des chinesischen Volkes, mit Tschanglajschel, verbünden und zum Kriege gegen die Sowjetunion rufen. Die Sowjetunion lebt im Herzen von Hunderten Millionen unterdrückter chinesischer Arbeiter und Bauern als der einzige, treue, uneigennütige, starke Freund aller Kolonialsklaven. Jeder Schlag der Imperialisten und Sozialimperialisten gegen die Sowjetregierung ist ein Schlag nicht nur gegen das russische Volk, sondern gegen das chinesische Volk, gegen alle Kolonialvölker, gegen das internationale Proletariat.

Nördlich der Mandschurei, der ostchinesischen Eisenbahn, steht kein „roter Imperialismus“, sondern die einzige Friedensmacht der Welt. Dort steht die einzige Armee, die unter den roten Fahnen des Proletariats kämpft, deren Banner die Wahrzeichen der friedlichen Arbeit, Hammer und Sichel, sind. Der Feind Chinas ist nicht die Sowjetunion, sondern die Herrschaft Tschanglajschel, der 500 000 revolutionäre chinesische Arbeiter und Bauern gemeuchelt hat, und die Imperialisten, die Hintermänner, Organisatoren und Geldgeber der konterrevolutionären, chinesischen Militärdiktatur. Der gefährlichste Feind Chinas sind die Sozialdemokraten aller Länder, die Verräter nicht nur des Proletariats, sondern auch des Befreiungskampfes der Kolonialvölker vom imperialistischen Joch.

Die Toten der chinesischen Revolution, die Opfer der Weltrevolution, Karl Liebknecht und Zehntausende von Koskas Warden gemordete deutsche revolutionäre Arbeiter rufen aus ihren Gräbern:

Der Feind steht im eigenen Lande!

## „Goldene Worte“ der Gewerkschaftsbeamten während der Textilarbeiterausperrung

Ja diese +++ Unorganisierten

Breslau, 24. Juli.

„Kollege“ Heidel, den die sächsischen Textilarbeiter davon-gejagt haben und den der Hauptvorstand des DVV den Landeshüter Arbeitern auf die Nase gesetzt hat, erklärte in einer Versammlung: „Die Unorganisierten können ruhig in die Betriebe hineingehen, die Organisierten werden so lange kämpfen, bis ihre Forderungen erfüllt sind.“

Am 17. Juni empfahl er den ersten Schiedspruch mit folgenden Worten zur Annahme: „Der Schiedspruch ist immerhin ein Erfolg. Und wenn nicht mehr erreicht werden konnte, dann sind eben die vielen Unorganisierten schuld.“

Ja, Heidel kann so und auch anders. Angesichts dieser Stellung Heidels erinden wir die schlesischen Textilproleten an den plötzlichen „Rabattismus“ der „Bergmacht“, die jetzt, um die Empörung der betrogenen Textilarbeiter zu beschwichtigen, ankündigt, daß der Verband im Falle des Streikes auch die Unorganisierten unterstützen wird.

§ 51

Der Gewerkschaftsbeamte Kramer des Deutschen Textilarbeiterverbandes in Büstgiertsdorf stellte über den Inhalt des Schieds- spruches folgende tiefinnige Betrachtung an: „Die Unternehmer wollten 12 Prozent von den Löhnen abbauen. Aus diesem Abbau ist eine Lohnzulage von 8 Prozent geworden. Das ist insgesamt eine Zulage von 20 Prozent. Einen solchen Erfolg hätten sich die Gewerkschaftsführer gar nicht träumen lassen.“

Die Textilarbeiter müssen dafür sorgen, daß Kramer und Kon- forten bald ausgeträumt haben.

„Bissel als Ehrenmitglied der SPD.“

Bissel schante auf Befehl der Textilbarone die Verbindlichkeits- erklärung des ersten Schiedspruches aus „formalen Gründen“ ab. Weil nun die revolutionäre Opposition klar gegen den Schieds- spruch auftrat und die Arbeiter aufforderte, den Schiedspruch abzu- wehnen, erklärte der Gewerkschaftsbeamte Leuchtenberger vom DVV: „Nun dürfte sicherlich Bissel Ehrenmitglied der kommunistischen Partei werden.“

Der zweite Schiedspruch, der noch schlechter war als der erste (eine Allfordabbauzulage, zweijährige Laufdauer), wurde von Bissel für verbindlich erklärt.

Jetzt kann Bissel auch weiterhin noch ein würdiges Mitglied der „völkerbefreienden“ Sozialdemokratie bleiben.

Die vorstehenden Zitate aus dem Textilarbeiterkampf muß sich jeder Arbeiter und jede Arbeiterin auszeichnen und sie den Gewerkschaftsführern, die sich jetzt „rabiat“ aufspielen, um ihren Betrug an den Textilproleten zu bemänteln, unter die Nase halten.

### Einsturz eines Eisenbahntunnels

Ul. Kassel, 22. Juli. Am Sonntag bemerkte ein Streckenläufer der Reichsbahn, daß sich das Mauerwerk zunächst bei Schwesda an einigen Stellen gelöst hatte. Er sperrte sofort die Strecke und benachrichtigte vom nächsten Betriebsfernsprecher aus das nächste Betriebsamt. Aber bevor Vertreter des nächsten Amtes an Ort und Stelle waren, stürzte der Tunnel in einer Länge von fünfzehn Meter ein. Man nimmt an, daß der Einsturz auf die vielen Regengüsse der letzten Zeit zurückzuführen ist, die das Mauerwerk gelockert haben. Der Verkehr über die beiden eingleisigen, durch den Tunnel laufenden Strecken Schwesda—Leinetal und Schwesda—Heiligenstadt wird umgeleitet sein, soweit der Personenverkehr in Frage kommt, durch Umstände aufgeschoben.

# An die werktätigen Bauern der ganzen Welt!

## Bauern, Brüder!

Im August sind es 15 Jahre her, seit ihr in Solbatenröde getötet und wie Vieh zur Schlachtkant an die Front getrieben wurdet.

Zehn Millionen getötet und den Wunden erliegen; mehr als zwanzig Millionen verwundet und Verkrüppelte, Tausende zerhört und ruinierte Dörfer und Städte, Vernichtung gewaltiger Reichtümer in allen kriegsführenden Staaten, — das waren für die Werktätigen die Resultate des vergangenen räuberischen Krieges, der von den Herrschern der Welt, den Imperialisten aller Großmächte, angezettelt wurde. Ruin von Millionen Bauernwirtschaften, Vernichtung des landwirtschaftlichen Inventars und des Viehbestandes, Elend und Hunger, eine unerträglich, mit jedem Tag wachsende Last an Steuern, von denen die gewaltigen Armeen, die Bürokratie und Polizei unterhalten wurden, — das ist es, was die Bauern an Stelle der während des Krieges versprochenen Zuteilung von Land und anderen Vergünstigungen erhalten haben.

Die Aufstände der Arbeiter und Bauern, die durch die ungeheure Not des Krieges in einer ganzen Reihe von Ländern hervorgerufen wurden, haben nur in einem Lande, im zaristischen Rußland, mit dem vollen und dauerhaften Siege der Arbeiter und Bauern geendet. Dort hat die Arbeiter- und Bauernmacht den Großgrundbesitz vernichtet, den Bauern unentgeltlich Land zugeteilt und eine ganze Reihe von Maßnahmen getroffen, um die Landwirtschaft zu heben und das Leben der Bauern zu verbessern. Diese selbe Macht hat auch die verfluchte Bodenpacht, wie überhaupt alle Formen der Ausbeutung der Bauern, beseitigt, hat sich geweigert, die Kriegsschulden zu bezahlen, die von der zaristischen Regierung gemacht wurden und als schwere Last auf den Arbeitern und Bauern lagen.

Diese Arbeiter- und Bauernrepublik hat offen und ehrlich allen Staaten den Plan einer allgemeinen Abrüstung vorgelegt. Die kapitalistischen Staaten aber verstärken die Vorbereitung zu einem neuen brudermörderischen Kriege mit jedem Tag mehr. In allen kapitalistischen Staaten höhnen die Werktätigen unter einer stets wachsenden Steuerlast.

Aus diesen Mitteln, die aus den Bauern und Arbeitern herausgepreßt werden, vervollkommen und vermehrt die Bourgeoisie die Wodwerkzeuge. Anstatt Pflüge, Traktoren, Sämaschinen und Dreschmaschinen herzustellen, verschlingen gegenwärtig Hunderte von Fabriken und Werken hunderttausende Tonne von Eisen, Stahl und Kupfer zur Herstellung von Kanonen, Kriegsschiffen, Tanks und Sprengstoffen. Tugende von Fabriken, die billige chemische Düngemittel für die Bauern produzieren könnten, sind mit der Herstellung von Giftgasen zur Vernichtung der Werktätigen beschäftigt.

In die Vorbereitung des neuen Blutbades versuchen die kapitalistischen Räubermächte mit allen Kräften auch Indien, China, Indonesien, die Länder Afrikas und Südamerikas hineinzuziehen, wo hunderte Millionen Bauern und Arbeiter unter unmenschlicher Ausbeutung seitens der einheimischen und fremdländischen Großgrundbesitzer, Industriellen und Bankiers leiden. Gleichzeitig häufen sich in allen kapitalistischen Staaten die Verfolgungen der fortgeschrittensten und klaffenbewußten Arbeiter und Bauern, und alle Arbeiter- und Bauernorganisationen, deren Ziel die Behinderung des neuen Völkergewaltens und die Befreiung der Werktätigen aus dem Joch des Kapitals ist, werden mit allen Mitteln unterdrückt. Zu gleicher Zeit schafft sich die Bourgeoisie ihre eigenen nationalitätlich eingestellten, sogenannten Bauernorganisationen, die die werktätigen Bauern als Kanonensfutter gebrauchen wollen.

Die bürgerlichen Regierungen verhüllen diese blutige Arbeit mit verschiedenen Ablenkungsmanövern und Institutionen, die die Wachsamkeit der Arbeiter und Bauern einschläfern sollen: „Bilderbuch“, Abrüstungskommissionen, Friedensverträge — während sie mit der anderen Hand militärische Geheimbündnisse zu einem neuen Kriege schließen. Wie im ersten Weltkrieg sind hierbei eifrige Helfer der Bourgeoisie die Führer der sozialdemokratischen Parteien. Diese Wölfe im Schafspelz versuchen auch heute, die Wachsamkeit der Werktätigen einzuschläfern und die blutige Wahrheit des herannahenden Krieges vor ihnen zu verheimlichen.

Verteidige Bauern und Bäuerinnen! Eure Rettung liegt nur im festen Bündnis und gemeinsamen Kampf mit den Arbeitern, die Werktätigen sind wie ihr selbst.

Um entschlossen und offen gegen die den Werktätigen drohende Gefahr zu kämpfen, haben die Arbeiter verschiedener Länder den 1. August zum „Roten Tag“ erklärt, zum Tage des Protestes gegen das neue Völkergewaltens und gegen den Ueberfall auf die Sowjetrepublik.

Am Tage des 1. Mai sind zehntausende Bauern Deutschlands, Frankreichs, Polens, Griechenlands, der entferntesten Philippinen und anderer Länder auf die Straße gezogen, um zusammen mit den Arbeitern gegen die Bourgeoisie und ihre Helfershelfer zu demonstrieren, haben ein Beispiel der brüderlichen Solidarität im Kampfe gegeben.

Am Tage des 1. August müssen in allen Ländern Millionen von Bauern — im Bunde mit den Arbeitern — den Weltbüchern zeigen, daß der kampfenntschlossene Widerstand der Werktätigen gegen die blutigen Wäpsten der Imperialisten wächst, daß das Bündnis zwischen den Werktätigen von Stadt und Land mit jedem Tag erstickt, und daß die gefährliche, wachsende Kampffront der Arbeiter und Bauern die Macht der kapitalistischen Kräfte und eine Arbeiter- und Bauernregierung errichten wird.

Der Internationale Bauernrat ruft euch zur aktiven Vorbereitung und Durchführung des 1. August auf. Veranlaßt

überall zusammen mit den Arbeitern Antikriegskomitees und beteuert euch am 1. August in Massen an den Meetings, Versammlungen und Demonstrationen des Protestes gegen das vorbereitete Gemetzel, gegen den neuen imperialistischen Krieg und den Ueberfall auf die Sowjetunion.

Märschen am Tage des 1. August auf dem ganzen Erdball Millionen werktätiger Bauern, gemeinsam mit den Arbeitern, den mächtigen und für die Bourgeoisie drohenden Kampfschrei ausstoßen:

Kampf dem imperialistischen Kriege und der Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion!

Es lebe der 1. August, der Tag des Kampfes gegen den neuen Weltkrieg!

Es lebe das Bündnis der Arbeiter und Bauern der ganzen Welt!

Vorwärts zum Kampfe für die Arbeiter- und Bauernregierung!

Das Präsidium des Internationalen Bauernrates.

## Wem dient die reformistische Spaltungspolitik?

Von R. Schmidt

Die Gewerkschaftsführer spalten die Gewerkschaften, um sich persönlich weiter an der Futterkrippe zu halten (siehe z. B. die Badewanne, das Auto, die Saugelage im Vorstand des Textilarbeiterverbandes), um Lohnkämpfe um so leichter abzuwürgen, um die Gewerkschaften zu vollkommen verlässlichen Stützen der arbeitserneuerlichen Koalitionspolitik der SPD. zu machen.

Über dies ist nicht alles, ja nicht einmal das Wichtigste! Im Mittelpunkt der Politik der deutschen Bourgeoisie steht die Frage der Vorbereitung des Krieges, und zwar nicht nur des Krieges im allgemeinen, sondern des Krieges gegen die Sowjetunion. Die Tatsache bestimmt alle Fragen des politischen und wirtschaftlichen Lebens, auch die Rolle der Reformisten in den Gewerkschaften und ihre Spaltungspolitik.

Der Sozialdemokrat R. Haupt schrieb in der Novembernummer 1928 des theoretischen Organs der SPD, „Die Gesellschaft“:

„Die deutsche Republik... hat mit der Unterstellung des Militärs unter die allgemeine bürgerliche Gerichtsbarkeit schon begonnen; sie könnte fortfahren, indem sie das militärische Erbgewesen dem allgemeinen Arbeitsmarkte eingliedert (Arbeitsnachweise), indem sie den zuständigen gewerkschaftlichen Verbänden (Transportarbeiter, Bauarbeiter, Fabrikarbeiter, Eisenbahner) unter Leitung der zivilen Staatsverwaltung die Organisation der Munitions- und Materialbeschaffung, Anlage militärischer Bauten, Beforgung des militärischen Transports überträgt.“

Also die Gewerkschaften als Lieferanten von Munition und Kanonensfutter für den imperialistischen Krieg! Aber ist dies nicht eine persönliche Einzelmeinung eines besonders „rechten“ SPD-Mannes? Nein! Dasselbe sagt der „linke“ Paul Levi in seiner Broschüre „Beschäftigung und Sozialdemokratie“! Und darüber hinaus:

„Es sind in Verbindung mit den Arbeitersport-Organisationen Wehrtürme zu bilden, aus denen der (Heeres-)Ersatz entnommen wird.“

Gewerkschaften, Betriebsräte, Arbeitersportverbände als Organe zur Vorbereitung und Führung des imperialistischen Krieges! Das ist also keine Einzelmeinung, sondern die allgemeine Politik der SPD. von ganz rechts bis ganz links.

Damit fällt ein grelles Licht auf die tiefere Bedeutung der gegenwärtigen Spaltungspolitik der Reformisten. Gewerkschaften mit einer starken Opposition oder gar mit oppositionellen Ortsvereinigungen, Branchenleitungen usw. sind nicht zur Steigerung der Munitionserzeugung, Abwürgung der Streiks und Knebelung der Arbeiterchaft zu gebrauchen. Oppositionell geleitete Arbeitersportverbände werden nie die schamlose Rolle spielen, die ihnen Levi zudankt. Daher ist im Interesse der Kriegsvorbereitung und Kriegsführung die „Reinigung“ von Kommunisten, der Ausschluß der oppositionellen Mitglieder, Branchen, Ortsgruppen und Verbände notwendig. „Auch wenn der Patient dabei stirbt“, sagt Ulrich.

Die deutschen Reformisten machen hier dasselbe wie die Reformisten in anderen Ländern: in Frankreich entwarf der Sozialist Paul Boncour das neue Militärgefes, das die Militarisierung der Gewerkschaften im Kriegsfall vorbestimmt und sie heute schon unter Militärkontrolle stellt, in Italien liefern die führenden reformistischen Gewerkschaftsverbände d'Arragona und Co. zum Faschismus über, der alle revolutionären Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen aufgelöst und staatliche faschistische „Gewerkschaften“ geschaffen hat. Was ist die Spaltungspolitik der Reformisten anders, als der Versuch einer systematischen Verwandelung der Gewerkschaften und Arbeitersportorganisationen in faschistische Organisationen?

Der Kampf gegen die reformistische Spaltungspolitik, der Kampf für die Verjagung der Sozialfaschisten und ihrer Trabanten bis in die unteren Funktionsapparate der Arbeiterbewegung, die Eroberung der Massen der Gewerkschaftsmitglieder für die Opposition — dieser Kampf ist daher zugleich ein entscheidender Teil unseres revolutionären Kampfes gegen den imperialistischen Krieg, für die Verteidigung der Sowjetunion.

Hieraus folgt, daß die Sozialfaschisten als die wichtigen Organe der Kriegsführung, die sie schon heute sind, alle Mittel, auch militärische, in Anwendung bringen bzw. bringen werden, nur um ihren Platz nicht räumen zu müssen. Daher keine Illusionen über die Möglichkeit einer friedlichen „Eroberung“ der Gewerkschaften, keine Rücksicht auf Gewerkschaftsstatuten usw., die sich heute immer mehr in Telle des militärischen Belagerungszustandes verwandeln! Nur an der Spitze der Arbeitermassen, der organisierten und unorganisierten, nur durch Mobilisierung und Organisation der Massen zum Kampf durch Organe von unten, trotz und gegen die offiziellen Gewerkschaften, nur so werden wir die Sozialfaschisten schlagen.

Die Kampagne zum 1. August muß diese neuen Gesichtspunkte des Kampfes gegen den Reformismus in alle Gewerkschaften, alle Betriebe tragen und in den Antikriegskomitees Organe zur Leitung dieses Kampfes schaffen.

## Neue Spaltungsaktion des DMB-Vorstandes Ausschluß der Branchenkommission der Berliner Dreher

Der Hauptvorstand des DMB hat die gesamte Branchenkommission der Berliner Dreher, das heißt alle leitenden Funktionäre der Dreherbranche ohne Verahren aus dem Verband ausgeschlossen. Der Hauptvorstand gibt an, der Ausschluß sei erfolgt, weil die Branchenkommission eine Mitgliederversammlung abgehalten habe, in der gegen den Ausschluß des Branchenleiters der Kofzleger, Niederkirchner, und gegen die Abhaltung der Kofzlegerbranche protestiert wurde. Der Ausschluß erfolgt, mit einem Wort, weil sich die Berliner Dreher oppositionelle Funktionäre in die Branchenleitung gewagt hätten.

Systematisch führt die sozialdemokratische DMB-Bürokratie die Spaltung der Berliner Jähstelle durch. Nach dem Ausschluß Niederkirchner und der Neugründung einer sozialdemokratischen Kofzlegerbranche soll sich jetzt dasselbe bei den Drehern wiederholen. Ja, der „Vorwärts“ vom 23. Juli kündigt an, daß auch die Branchenkommission der Eisenformer aus dem Verband hinausgeworfen werden soll, daß dasselbe wiederholt werden soll, „wie in der Kofzlegerbranche“.

Die Empörung der Berliner Metallarbeiter über die Spaltungsaktionen des DMB-Vorstandes ist unbeschreiblich. Weder die Dreher, noch eine andere Branche werden die Gewaltmaßnahmen kampflos hinnehmen, sie werden mit allen Kräften gegen die sozialdemokratischen Spaltungsaktionen kämpfen.

Die systematische Spaltung des Berliner DMB durch die Reformisten muß auch im Reich die Gegenwart der Metallarbeiter hervorgerufen. Erst recht, da es offensichtlich ist, daß der DMB-Vorstand im Hinblick auf einen neuen imperialistischen Krieg überall mit strengen Gewaltmaßnahmen die oppositionellen Leitungen beseitigen will. Noch mehr als 1914/18 sollen in kommenden Kriegen die Gewerkschaften in den Dienst der kriegsführenden Imperialisten gestellt werden. Offen wird in DMB-Organen davon gesprochen, daß den Gewerkschaften die Produktion an Munition und Kriegsmaterial sowie die Sicherung des Transportwesens der kriegswichtigen Produktion übertragen werden soll. Zu alledem sind oppositionelle Gewerkschaftsleitungen, die gegen den imperialistischen Krieg kämpfen, nicht zu gebrauchen. Darum wollen die Reformisten so rasch als möglich die oppositionellen Gewerkschaftsleitungen beseitigen.

Gegen die reformistische Gewaltstreich muß die Arbeiterchaft den Widerstand verstärken. Ein wichtiger Schlag auch gegen die Reformisten wird es sein, wenn am 1. August die Arbeiter der Großbetriebe eine Stunde früher Schluß machen und in Massen bei den Demonstrationen gegen den imperialistischen Krieg aufmarschieren.

## Aus aller Welt

Ein Postkraftwagen im Harz verunglückt — 15 Verletzte  
Ul. Berlin, 23. Juli. Der „Lokal-Anzeiger“ meldet aus Braunlage (Harz): Ein Postkraftwagen mit zwanzig Fahrgästen, dessen Führer die Gewalt über den Wagen verloren hatte, fuhr in der Nähe der Stieglöhe gegen einen Baum. Fünfzehn Personen wurden verletzt. Sie wurden durch den Anprall auf die Straße geschleudert und erlitten schwere Rippen- und Beinbrüche. Der Führer des Kraftwagens blieb unverletzt. Der Wagen mußte abgeschleppt werden.

65 Personen in Vorderindien ertrunken  
London, 22. Juli. Nach Meldungen aus Sahore ist ein mit hundert Personen besetztes Boot auf dem Ueberflutet bei Chhatra im Punjabgebiet (nördliches Vorderindien) in einen Wirbelwind geraten. Das Boot schlug um. Von den Insassen konnten nur 35 Personen gerettet werden, die übrigen 65 werden vermisst und müssen als ertrunken angesehen werden. Eine strenge Untersuchung des Unglücks ist eingeleitet.

Ein Zeitungsflugzeug verunglückt  
Ul. Berlin, 22. Juli. Montagnachmittag mußte ein Zeitungsflugzeug kurz nach dem Start vom Flugplatz Tempelhof wieder zur Landung übergehen. Die Maschine konnte den Flugplatz Tempelhof aber nicht mehr erreichen und geriet auf einen Bahndamm des Güterbahnhofs Tempelhof. Dabei wurde das Flugzeug schwer beschädigt. Der Flugzeugführer Loeb fand den Tod, während der Bordmechaniker Gehring schwere Kopf- und Beinverletzungen davontrug.

Verantwortlich: Für den politischen Teil Kurt Dombrow für Oberstellen: Gerhard Schulz. Gedruckt: für den übrigen Teil: Ulrich & mas, Breslau. — Für Inserate: August Reimann, Breslau.





# Oberschlesien

## Die Belegschaft der Abwehrgarbe für revolutionäre Opposition

Sozialdemokratischer Betriebsrat bezeichnet reformistische Führer als Verräter — für revolutionäre Betriebsräte

Die Betriebsratswahlen auf der Abwehrgarbe finden im August statt. Auf den übrigen Grubenanlagen sind die Wahlen bereits im Frühjahr erfolgt, und obwohl auch die Belegschaft der Abwehrgarbe ihre Vertretung neu wählen wollte, machte der alte reformistische Betriebsrat keine Anstalten, einen Wahlvorstand zu benennen. Die Reformisten wußten, daß bei der nächsten Wahl ihre Herrschaft zu Ende ist, daß die Belegschaft ihnen den wohlverdienten Fußtritt geben würde. Nunmehr ist die gefehmäßige Amtsperiode abgelaufen und die Postenleiber müssen sich wohl oder übel dazu bequemen, die Wahlen für die Betriebsräte einzuleiten.

Die reformistische Verbandsspitze des Bergarbeiterverbandes hatte für Sonntag, den 14. Juli, eine Belegschaftsversammlung der auf der Abwehrgarbe organisierten Kameraden einberufen, um die neuen Kandidaten aufzustellen. Für sie ist die Meinung der Gesamtbelegschaft in Dresden. Die 90 Prozent nicht im Verband organisierter Arbeiter sind für sie „Gefindel“. Den Reformisten ist aber klar, daß das Vertrauen der Belegschaft zu ihren Säugern Sauer und Genossen längst tot ist, deshalb kamen sie in die Versammlung mit einer fertigen Liste, auf der auch einige oppositionelle Kameraden aufgeführt waren, um als Zugpferde zu funktionieren. Das Abstimmungsergebnis von 24 gegen 21 Stimmen für diese Liste beweist am besten, wie es mit dem Vertrauen für die Liste der Reformisten aussieht.

Nun, die Belegschaft, die immer deutlicher den Verrat der Reformisten erkennt, die bei Hundelöhnen und langer Arbeitszeit schwerer schuftet, die vom Unternehmer buchstäblich ausgeplündert wird, weiß, daß man sich gegen diese ungeheure Ausbeutung durch die Unternehmer und den Verrat durch die Reformisten nur schützen kann,

wenn der Kampf gemeinsam mit der Opposition organisiert wird. Die Belegschaft hat nun am Sonntag, dem 21. Juli, eine Versammlung der Gesamtbelegschaft einberufen und zu der wirtschaftlichen Lage und den Betriebsratswahlen Stellung genommen. Nach einem ausführlichen Referat des Genossen Jendrosch, der die ungeheure Ausbeutung der Arbeiterklasse schilderte, und der die Notwendigkeit der Wahl revolutionärer Betriebsräte schilderte, erfolgte eine lebhafteste Diskussion, bei der die Reformisten verjagt, sich gegen die berechtigten Angriffe zu verteidigen. Die Mehrzahl der Diskussionsredner sprach für die Aufstellung roter, revolutionärer Kandidaten. Der letzte Widerstand der Reformisten wurde von einem sozialdemokratischen Arbeiter gebrochen, der unter anderem erklärte:

„Jahrelang habe ich die Opposition bekämpft, aber nun sehe ich ein, daß sie Recht hat, daß die Führer der Gewerkschaften uns verraten. Ich bin deshalb für die Aufstellung einer Liste der revolutionären Opposition.“

Die Belegschaftsversammlung stellte eine solche Liste auf. Nur Kameraden, die zum Kampf gegen die Ausbeuter, für mehr Lohn, verlängerter Arbeitszeit und menschliche Arbeitsbedingungen bereit sind.

Die Belegschaft der Abwehrgarbe hat den richtigen Weg eingeschlagen. Sie ist sich darüber klar, daß sie ihre Lage nur ändern kann, wenn sie sich freimacht von den reformistischen Ideologien, wenn sie den rücksichtslosen Kampf gemeinsam mit der Opposition gegen die Grubenbarone und ihre Helfer, die reformistischen und christlichen Gewerkschaftsführer, organisiert.

**Kumpels der Abwehrgarbe, wählt revolutionäre Betriebsräte!**

jugende vorgemittelt, von denen 220 männliche und 80 weibliche Personen Arbeitslosenunterstützung bezogen haben. Außerdem wurden an 1000 bzw. 356 Familienangehörige der Hauptunterstützungsempfänger Zuschläge gewährt. Vermittelt wurden in der Berichtzeit 186 männliche und 94 weibliche Personen. Infolge Hochwasser schieden 24 männliche und 12 weibliche Personen aus der Arbeitslosenversicherung aus. Die Zahl der beschäftigten Köhlbacherarbeiter beträgt 247.

### Miechowitz

#### Arbeiter-Radsfahrer beteiligen sich am Grenztreffen

Der Arbeiter-Radsfahrer-Bund „Solidarität“ hielt am vergangenen Sonntag eine Mitgliederversammlung ab, in welcher einstimmig beschlossen wurde, sich am Grenztreffen sowie am Weltankriegstag reiflich zu beteiligen.

#### Landeschützen sind Bürgerkriegssträßer

U. R. Den Mitgliedern des Landeschützenbundes, die zum Teil Proleten sind, wird immer von ihren Führern eingeprägt, daß der Landeschützenbund seine Hauptaufgabe als „Grenzschutz“ zu erfüllen hat. Das dem aber nicht so ist, beweist folgender Vorfall, den uns ein früherer Landeschütze mitteilt: Vor nicht allzu langer Zeit ist von dem Schießstandwächter Proll (Offizier vom 28. B.) „Alarm“ mit der Parole: „Die Roten Frontkämpfer“ (tätmen ihren Schießstand“ geschlagen worden. Etwa 80-100 bewaffnete Landeschützen erschienen am Schießstand und suchten nach Roten Frontkämpfern, welche in Wirklichkeit an dem Schießstand gar nicht anwesend waren. Wie es sich nachher herausstellte, war es nur ein blinder Alarm. Nach seiner Meinung wollte man sich nur vergewissern, ob die Landeschützen gegen die Roten Frontkämpfer kämpfen würden. Ferner gibt uns dieser ehemalige Landeschütze an, daß er persönlich in der Wohnung eines belagerten Führers eine 08-Pistole und eine Handgranate erhielt, die ihm am Schießstand wieder abgenommen wurden. Dieser Landeschütze ist durch den Vorfall aufgefährt worden. Er hat erklärt, daß der Landeschützenbund eine Bürgerkriegsarmee der Bourgeoisie zur Niederknüpfung der revolutionären Arbeiterschaft ist. Dieser Arbeiter hat auch dem Landeschützenbund sofort den Rücken gekehrt und

### Gleiwitz

#### Die Antwort der Baradenbewohner an den Magistrat

Vor einigen Tagen veröffentlichten wir eine Zuschrift der städtischen Polizeiverwaltung an die Bewohner der Baraden, in denen ihnen die Kündigung mitgeteilt wird mit der Begründung, sie hätten nichts unternommen, um andere Wohnungen zu bekommen. Am Freitag der vergangenen Woche fand in den Baraden auf der Zoster Straße eine gut besuchte Protestversammlung gegen das rigorose Vorgehen des Magistrats resp. der städtischen Polizeiverwaltung statt. Die Baradenbewohner empfanden das Schreiben der Polizeiverwaltung als eine ganz gemeine Heuchelei. Während viele Hunderte von Familien wohnungslos herumlaufen, weil der Magistrat nichts unternimmt, um die Wohnungsnot in Gleiwitz zu beheben, weil das Geld für das Haus Oberschlesien, den Gleiwitzer Flughafen usw. vergeudet wird, statt Wohnungen zu bauen. Die Baradenbewohner standen einmütig auf dem Standpunkt, mit allen Kräften gegen den Schandspruch der städtischen Polizeiverwaltung Stellung zu nehmen. Sie waren sich auch darüber klar, daß sie nur mit Unterstützung der kommunistischen Partei und der übrigen Werktätigen in diesem Kampfe Erfolge erzielen werden. Einstimmig wurde die kommunistische Stadtverordnetenfraktion beauftragt, die Interessenvertretung der Baradenbewohner vorzunehmen. Einige Anwesende gaben zum Ausdruck, daß Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei eine Beschäftigung der Baraden vorgenommen haben. Sie haben aber nichts unternommen, um die katastrophalen Zustände der Bewohner zu ändern. Die Anwesenden waren sich darüber klar, daß die bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie nicht imstande sind, die Interessen der Baradenbewohner zu vertreten, sondern daß nur die kommunistische Partei machen wird.

#### Stahlhelmbanden

Der Stahlhelm, der sich hier nur aus Räubern, Devisenräubern und anderen Strolchen zusammensetzt, gab am Sonntag wieder durch seine Manner ein Charakterbild ab. In Schönowald überfielen vier Stahlhelmer in voller Uniform einen Landwirt und verprügelten ihn in der gemeinsten Weise. Der Ueberfallene mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Die Kowbies wurden polizeilich festgehalten. — Ob ihnen allerdings etwas geschehen wird, ist fraglich, denn es sind ja Stahlhelmer.

#### Der Agrarier und sein Förster

Am vergangenen Sonnabend konnte man im Lokal Kutschke ein Bild des Klassenkampfes zwischen Proletariat und Bourgeoisie zu sehen bekommen. Kommt da ein vollgefressener Agrarier, der Gutsbesitzer Franke, dort rein. Hinter ihm sein Förster, dem man ansah, daß er ein sehr edles Leben führen muß. Wie ein Hund mußte dieser Förster hinter dem Agrarier hertröten. An einem Tische bekam er den Befehl: „Sehen Sie sich!“. Der Förster befolgte das und mußte zusehen, wie sein Herr sich einen anderen Tisch aussuchte. — Das ist echte Agrariermanier.

#### Achtung, Parteimitglieder!

Freitag, den 28. Juli, um 19 Uhr, findet im Lokal Kutschke, Gleiwitz-Petersdorf, Zoster, Ecke Zoster Straße, eine wichtige Parteimitgliederversammlung statt. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, dazu zu erscheinen. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Ortsleitung.

#### Leichenfund

Am 23. 7. 29, gegen 4.30 Uhr, wurde auf der Preißenwitzer Straße 26, im Schuppen des Landwirts Anton G., der preußische Staatsangehörige Florian Wawbawa, geboren am 22. 10. 1867, als Leiche aufgefunden. Er hat sich am 14. 2. 26 beim 2. Polizeirevier noch unbelastet abgemeldet. Es ist anzunehmen, daß er sich seit dieser Zeit in Gleiwitz und Umgegend herumgetrieben hat. Nach ärztlicher Feststellung ist der Tod infolge Altersschwäche eingetreten. Die Leiche befindet sich in der Leichenhalle des Polizeipräsidiums.

#### Hindenburg

#### Ein besonderer Antreiber der Firma Silber

U. R. Auf der Baustelle Sagolla auf der Kronprinzenstraße treibt der Polier Fröhlich mit den Arbeitern der Firma Silber sein Unwesen. Wie ein Feldwebel auf dem Kasernenhof wütet er mit den ausgehungerten Proleten rum. Natürlich nicht mit allen, er hat auch seine Lieblinge. Selbst latte Bürger, die bei dieser Baustelle überkommen, schüteln den Kopf, wenn sie die Antreibermethoden

des Poliers Fröhlich beobachten. Von vier Arbeitern verlangt dieser Mensch, in 8 Stunden 38-40 Wagen Boden zu laden. Das ist selbst bei der größten Schusterei nicht möglich. Trotzdem verlangt Fröhlich von den Proleten, daß sie es schaffen und wenn sie dabei verrecken.

Es ist keine Seltenheit, daß die dortigen Arbeiter in der übelsten Weise beschimpft werden. Fröhlich überschüttet die Arbeiter mit Bande, Schaulenzer, Schlappschwänze und anderen Beschimpfungen. Obwohl Fröhlich den ganzen Tag die Pfeife im Munde hat, verbietet er den Arbeitern das Rauchen. Er äußerte, daß ein Arbeiter bei ihm in zwei Jahren vollständig verbraucht sein muß.

Die Arbeiter sind nicht gewillt, sich von diesem Polier weiter wie das Vieh behandeln zu lassen. Die Arbeiter verlangen von der Firma Silber, daß sie sofort diesen Polier entfernt.

#### Wirkung der Zellenzettung „Preukag“ auf der Guido-Grube

U. R. Alle ehrlichen Kumpels grinsen und lachen sich ins Häutchen, wenn sie die herausgelommene Betriebszeitung gelesen haben und geben sie dem anderen Kumpel weiter. Gerät aber doch eine gute Zeitung in die Hand eines Sozialdemokraten, so rennt der Kerl, wie von tausend Teufeln gepeht zum Steiger und meldet gehoramt, daß die Kommunisten wieder Revolution machen wollen. Der SPDist Deda erwachte so ein Handblatt, zerriß es in hundert Stücke und sagte den Füllern: „Sie sollen sich vorsehen, er meldet jeden einzelnen, wenn er ihn erwischt, zur Entlassung!“ (Ein guter Kollege, was?) Vielleicht hat er Angst, daß er auch einmal öffentlich angepöbel wird wegen seiner Klatscherei beim Steiger über seinen Partner?

Von den Steigern war der eifrigste der Steiger Schuster von der Schudmann-Abteilung. Dieser Mann scheint noch dem Bergart Daumann von der Reife etwas schuldig zu sein und will jetzt beweisen, daß das Geld für seine Unkosten nicht umsonst herausgeworfen wurde. Er ließ den Kumpels die Kisten nachsehen und gab „Befehl“, jede Zeitung ihm abzuliefern. Ob er Schwein gehabt hat? Vielleicht wird man sich mit diesem Steiger etwas beschäftigen müssen. Die Zustände in seinem Feld sind es öfters wert, in Wort und Schrift festgehalten zu werden. Bei dieser Gelegenheit konnte es auch geschehen, daß man einmal bescheiden anfragt, wer vor mehr als einem Monat mit dem Fahrsteiger Rud auf der Wilhelmstraße den Haussturz „voll“ gemacht hat?

Der zweite Steiger, der sich bemerkbar machte, ist der bekannte Leiserer und Wülferscher Knohalla. Dieser Mann schleicht sich mit einem freundlichen Gesicht an die Arbeiter heran und fragt nach dem Rebalteur. Fragen Sie lieber nicht, Herr Knohalla, denn es könnte sehr leicht vorkommen, daß man sie etwas näher „belehrt“. Sie sind der „Unschuldige“, wenn in der Abteilung Roden 460 die Arbeiter verschmarotzt werden. Sie schienen alles auf den Steiger Bergmann und wollen ihre „Kenntnisse“ dadurch verbergen.

Die Betriebszeitung der Kumpels hat jedenfalls einen Erfolg gehabt. Sie sprach den Proleten aus dem Herzen, und alle, die es ehrlich um das Wohl des Proletariats meinen, stehen zu ihr.

#### Beuthen

#### Die Arbeitsmarktfrage in Stadt und Land

In der Berichtzeit vom 11. bis 17. Juli 1929 waren beim Arbeitsamt insgesamt 1975 männliche und 572 weibliche Arbeit-

er sich ein in die rote Klassenfront der Ausgebeuteten. Wir begrüßen diesen Schritt des betreffenden Arbeiters und fordern alle Arbeiter im Landeschützenbund auf, dem Beispiel ihres Kameraden zu folgen, um nicht zu Henslern an ihrer eigenen Klasse zu werden.

#### Ratibor

#### Auf zum Grenztreffen

Alle Genossen und Genossinnen werden ersucht, nach rege Propaganda für das Grenztreffen zu machen. Die Teilnehmer an der Fahrt melden sich bei den Funktionären. Der Fahrpreis beträgt für die Hin- und Rückfahrt mit dem Kassauto 3 Mark. Alle sympathisierenden Arbeiter und Arbeiterinnen müssen zu dieser Fahrt herangezogen werden. Gelegenheit ist für alle Teilnehmer an der Fahrt vorhanden.

Am Freitag um 19 Uhr treffen sich alle Teilnehmer im Lokal „Stadt Troppau“ zu einer kurzen Besprechung. Das Fahrgeld muß spätestens in dieser Sitzung entrichtet werden. Die Ortsleitung.

#### Oppeln

#### Großfeuer im Kreise

Vorgestern in den Nachmittagsstunden wütete in dem Dorfe Segebrzyl ein großes Schadenfeuer. Das Feuer, das vermutlich durch Brandstiftung entstanden ist, griff von seinem Herd, der Befestigung des Landwirts Wieschollek, auf drei weitere Besitzungen über. Alle vier Besitzungen wurden vollständig ein Raub der Flammen. Maschinen, Vieh und ein großer Teil der Getreibevorräte sind verbrannt. Im Verlauf der Bekämpfung dieses Feuers brach am anderen Ende des Dorfes ein zweites Feuer aus. Auch hier wurden drei Besitzungen eingeäschert.

#### Verstüchter Selbstmord

Am Sonntag versuchte ein junges Mädchen von der Krakauer Straße seinem Leben ein Ende zu machen, indem es Benzol trank. Die Lebensmüde wurde aber in ihrem Vorhaben aufgehalten und nach dem Krankenhaus geschafft und wird wahrscheinlich am Leben erhalten bleiben. Der Grund zu dieser Tat ist nicht bekannt.

#### Ertunken

Am 21. Juli gegen 15 Uhr ist der 21jährige Schlosser Wred Konieko von hier in der freien Ober an der Blaufläschung ertunken. Obwohl der Ertunkene nach einiger Zeit herausgeholt wurde, blieben die Wiederbelebungsversuche erfolglos.

#### Teilnehmer nach Ziegenhals

Teilnehmer am internationalen Grenztreffen in Ziegenhals am Sonntag, dem 28. Juli, welche mit dem Auto fahren wollen, melden sich sofort im Büro des „Eisenbahner-Ges“, Raabertstraße 11. Fahrpreis hin und zurück 2,50 Mark. Nur merkt das Fahrgeld vorher entrichtet, kann auf einen Sitzplatz rechnen.

Säuglingsfürsorge (Mütterberatung). Jeden Montag und Freitag von 15-16 Uhr in der Provinzial-Deutschen Zahnklinik Malapaner Straße 20. Unentgeltliche ärztliche Beratung.

# Die Bilanz des Bundesfestes der Arbeitersportler

Von Franz Dohlem

Das zweite Sportfest des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in Nürnberg ist vorbei. Alles in allem: Es war eine prächtige Demonstration proletarischer Kraft und sportlicher Leistungsfähigkeit. Doch dieser Massenaufmarsch hatte ein doppeltes Gesicht: Wohin marschieren die Bataillone, die Regimenter des Arbeitersports, das Meer dieser kräftigen, gesunden, gelächelten Arbeiter und Arbeiterinnen? Marschieren sie ins Lager der kapitalistischen Republik, oder bleiben sie der Arbeiterschaft, der roten Fahne des Klassenkampfes treu? Das war die Frage, die sich so mancher revolutionäre Arbeiter in Nürnberg stellte, das ist auch die Frage, an der die Bourgeoisie das größte Interesse hat.

Die Frage: für rot, d. h. für die revolutionäre Arbeiterbewegung, oder für schwarzrotgold, d. h. gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung und für die kapitalistische Republik, ist im Arbeitersport noch nicht entschieden; auch Nürnberg hat — trotz des Willens der SPD-Führer — sie nicht gelöst.

Dieses große Arbeitersportfest hatte also sein doppeltes Gesicht. Die Stadt war in die Farben der Stadt Nürnberg, der bayerischen und der deutschen Republik getaucht. Ja, sogar auf dem Stadion verschwanden die paar roten Fahnen unter schwarzrotgold, blauweiß und rotweiß. Es zeigte offen den Kurs, den mit ihm die sozialdemokratischen Führer des Arbeitersports gehen wollten: Er predigte offen die Zusammenarbeit mit dem bürgerlichen Sport. Aus taktischen Gründen wohl hat der Bundespräsident Seevering's Ausföhrungen, daß er Arbeitersport und bürgerlichen Sport unter einen Hut bringen wolle, unterschlagen. Die bürgerliche Presse Nürnbergs stellte von vornherein diese Forderung und war damit mit Seevering's Antwort einverstanden. Daß die Sportführer bereits verstanden, diese Linie in die Praxis umzusetzen, wurde u. a. dadurch bewiesen, daß das nationalistische rote Kreuz einträchtig zusammen mit dem Arbeiter-Samariter-Bund Dienstverfab; kam auch zum Ausdruck in der Zulassung der gesamten bürgerlichen Presse, aber in der Ablehnung der SPD-Presse für die Berichterstattung. Es ist auch kein Zufall, daß Nürnberg als Ort des Festes genommen wurde, wo schwarzrotgold noch stark und die revolutionäre Partei sehr schwach ist. In anderen Großstädten Deutschlands müßte die Arbeiterschaft einer solchen Umgebung ein ganz anderes, ein rotes Gesicht geben.

Die Linie der reformistischen Sportführer bestand ganz klar darin, die Massen der Mitglieder ins schwarzrotgoldene Lager der Republik zu führen.

Das Gros der Arbeitersportler steht aber unzweifelhaft zur roten Fahne. Die Tatsache, daß es unsere Lieder sind: Die Internationale, „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ und der Himmelmarsch, die in Nürnberg am meisten gebrüllt und gesungen wurden, zeigt, daß die Arbeitersportler in ihrer Mehrheit gefühlsmäßig revolutionär gestimmt sind. Wenn auch das Tragen von Transparenten mit politischen Losungen vom Bundesvorstand verboten war, wenn dieser den krampfhaften Versuch unternahm, schwarzrotgoldene Fahnen und Fähnchen hineinzuschieben, — dieser Versuch ist an dem Geist der Massen der Arbeitersportler diesmal gescheitert. Es gab zwar beim Aufmarsch eine ganze Zahl Vereine, die sich schwarzrotgoldene Fähnchen in die Hand hatten drücken lassen, aber man konnte beobachten, wie sie und da und dort diese Fähnchen zu Boden fielen, und wie das Symbol der kapitalistischen Republik unter den Tritten der Arbeiter-Bataillone zertrümmert wurde. Die Sportler mischelten viel über ein großes Transparent: „Vater Staat, gib uns Sportplätze.“ Es gab natürlich auch zahlreiche Fahnenträger, insbesondere aus Süddeutschland, die mit ziemlicher Eitelkeit große schwarzrotgoldene Schärpen trugen. Weiter muß festgestellt werden,

daß es im Arbeitersport bereits, genau wie im Reichsbanner, faschistische Elemente und faschistische Stoßtrupps gibt, die sich nicht gegen die Arbeiterschaft einsehen lassen. Das kam in Nürnberg in einer Reihe von Fällen zum Ausdruck, als oppositionelle Arbeitersportler beim Flugblattverteilen von solchen Geistes an die Polizei denunziert oder niedergeschlagen wurden. Es war auch typisch, daß die Sportführer keine Hand rührten, als am Sonntag, beim Aufmarsch des Hauptzuges A, die Polizei ein Transparent mit dem Text beschlagnahmte: „Heraus aus dem bürgerlichen Sport, hinein in den Arbeitersport!“

Wenn man insgesamt die politische Bilanz dieser Veranstaltung des deutschen Arbeitersports zieht, muß man feststellen:

Die Bataillone des Arbeitersports sind rot, aber ihre Führer sind gelb!

Diese Sportführer haben das dreifache Ziel, den Arbeitersport zu einem sozialdemokratischen Instrument zu gestalten, den Arbeiter-

## Achtung!

### Kommunisten und oppositionelle Gewerkschaftler im Verbands der Sattler und Portefeuller!

Bis einschließlich den 27. d. M. finden die Wahlen der Beisitzer zum erweiterten Vorstand des Verbandes der Sattler und Portefeuller statt. Für den Ostgau, zu dem Schlesien gehört, sind als Kandidaten Kollegen benannt, die alles eher als Gewerkschaftler im Sinne des proletarischen Klassenkampfes sind.

Friedrich-Breslau ist ein ebenso bekannter Kommunistenstreifer wie Glomp-Görlitz. Das Niedertrampeln jeglicher Verbandsdemokratie hat es der revolutionären Opposition nicht möglich gemacht, Kandidaten aufzustellen, die die Gewähr für eine wirkliche Vertretung der proletarischen Interessen der Mitgliedschaft des Verbandes geben würden.

Für jeden ehrlichen oppositionellen Gewerkschaftler gilt also bei der Stimmenabgabe die Parole: Streichung der reformistischen Kandidaten und Benennung: Revolutionäre Gewerkschaftsopposition darunter, als Willenserklärung der revolutionären Opposition im Verbands der Sattler und Portefeuller.

Revolutionäre Opposition im Verbands der Sattler und Portefeuller.

Sport mit dem nationalistischen bürgerlichen Sport „unter einen Hut“ zu bringen, und die Arme des Arbeitersports in eine Masse der kapitalistischen Republik gegen die revolutionäre Arbeiterschaft und in Kanonenhüter für den imperialistischen Krieg gegen die Sowjetunion umzuwandeln. Das darf nicht gelingen.

Die Sachsen, die wohl am stärksten auf dem Bundesfest vertreten waren, riefen immer wieder im Sprechchor: „Die roten Turner grüßen euch usw.“ Jeder Massenbewegte Arbeitersportler muß dafür sorgen, daß es wirklich bei den „roten Turnern“ bleibt. Schwarzrotgold hat im Arbeitersport nichts zu suchen! Kein Platz war zugelassen worden, das Stellung gegen den imperialistischen Krieg nahm. Aber die Kölner Arbeitersportler ließen es sich nicht

nehmen, im Zuge immer wieder ihren Barrunf gegen den Krieg zu erheben. Ein Leipziger Verein hatte unverkennbar im Zuge ein breites Transparent entfaltet, auf dem weithin leuchtend stand: „Arbeitersportler sind Soldaten der Revolution!“

Die Rot-Front-Kräfte von revolutionären Nürnberger Arbeitern wurden in vielen Zügen heifällig aufgenommen, so daß sich sogar die Nürnberger Polizei dazwischen mengte und die Aufer verhalten wollte. Aktive Bataillone, beste Kerntruppen des Arbeitersports, fehlten in Nürnberg. Es fehlten die 85 000 Ausgeschlossenen des 1. Kreises, die 8000 ausgeschlossenen Fußballer des 6. Kreises, die Vereine des Halleischen Bezirks. Es war direkt lässlich, die kleine Truppe der „Bundesstreuer“ aus dem 1. Kreis zu sehen, die mit knapp 1500 Mann angetreten waren.

Das sind die wichtigsten Feststellungen und politischen Schlusfolgerungen, die wir aus unseren Beobachtungen in Nürnberg ziehen. Der Aufmarsch selbst, die Wettkämpfe und die Massenveranstaltungen boten ein Bild der Kraft und des Könnens des Arbeitersports. Die Darbietungen standen im Durchschnitt auf hohem Niveau. Was die Leistung der Massen betrifft, kann gewißlich der Arbeitersport nicht mehr vom bürgerlichen Sport übertroffen werden. Das zeigt ein Vergleich mit dem letztjährigen Turnfest der Deutschen Turnerschaft in Köln. Es fehlte in Nürnberg aber der Schwung, das Tempo, der bewußte revolutionäre Klassenwille, der über allem Sportlichen stehen muß, wie wir es erst bei dem großartigen Berliner Kreisfest erlebt haben.

Die hunderttausend Nürnberg-Fahrer sind jetzt in ihre Vereine zurückgekehrt. Sie werden mit Stolz auf das Aussehen dieses Festes zurückblicken. Sie müssen aber auch sorgfältig darüber wachen, daß der Klassencharakter der Bewegung nicht verfälscht wird, daß nicht die alte rote Fahne mit dem schwarzrotgoldenen Symbol der kapitalistischen Republik veräußert wird. Es muß so werden, wie es einige oppositionelle Ausgeschlossene des 1. Kreises, die nach Nürnberg gekommen waren, als ihren Eindruck feststellten: „Den roten Gedanken, den roten Geist bekommen sie (d. h. die sozialdemokratischen Sportführer) so leicht nicht mehr aus diesen Massen heraus.“

Unterstützt deshalb in jedem Verein die Opposition! Kämpft mit ihr darum, daß der Arbeitersport eine starke und kampfsfähige Truppe des Proletariats bleibt und immer mehr wird! Halte fest an der roten Fahne! Setzt mit, den sozialdemokratischen Verrätern an der Spitze das Handwerk zu legen! Wählt euch Führer, die der Arbeiterschaft und den revolutionären Traditionen des Arbeitersports treu ergeben sind.

## Creme Leodor

Vier wichtige Verwendungsmöglichkeiten:

**Bei Sonnenbrand** ist Creme Leodor ein wundervoll kühlendes Mittel gegen schmerzhaftes Brennen der Haut.

**Bei Insektenstichen** verhindert Creme Leodor, die aufgestrichen, schmerzhaftes Anschwellen und Juckreiz.

**Als Puderunterlage** liefert Creme Leodor mit ihrem bezogenen Blütengeruch vorzügliche Dienste.

**Bei roten Händen** und unehöner Hautfarbe verleiht die schneeweiße Creme Leodor den Händen und dem Gesicht jenen matten Teint, wie er der vornehmen Dame erwünscht ist. Tube 60 Pf. und 1.— ML, die dazugehörige Leodor-Selbe 60 Pf. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

## Perfekte Stenotypistin

für Partei-Sekretariat zum 1. September bzw. 15. August gesucht. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften und Angabe der Paraeignung usw. an **Ernst Wollweber**, Breslau, Feldstraße 50

Sie verdienen Sie täglich

10 Mark mit Schürsenkel

Nur personal kommen

## Reste

u. Serge, Kittel, Leinwand, Armeelutter, Koffhaas, Kassa, Knöpfe, Kerseise, Erdöl, alles sehr billig prima Ware

Detail und Gesangs Werth. Lippert Breslau

Heinrichstraße 16 Filiale: Oberstr. 17 Wehgerbergasse 43

**Pfandleihhaus Grundmann**  
Breslau, Trebnitzer Str. 21  
Verleihung v. Anzügen, Wäsche und Schmuckstücken

Auch im Bade



vergessen ich niemals meine Lieblings-Seife

## Streublümchen

Ihr erquickender Wohlgeruch, ihre große Schaumkraft, ihre milde und gesunde Wirkung auf die Haut machen sie zur unentbehrlich.

Ruba-Werke Rudolph Balhorn G. m. b. H., Berlin 13

Inierate haben in unserer Zeitung

besten Erfolg

**H. Steinhilber u. Buchtware**  
Frühmühlstraße  
empfehlen  
**C. Leopold**  
Schweidnitz, Langstraße 9

## Arbeiter, Angestellte und Beamte

sollen sich nach den Beschüssen des Gewerkschafts-Kongresses, der Genossenschaftstage, des Allgem. freien Angestelltenbundes u. des Allgem. Deutschen Beamtenbundes nur versichern bei dem eigenen Unternehmen, der

## „Volksfürsorge“

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft

Auskunft erteilen bzw. Material versenden kostenlos die Rechnungsstellen in Breslau, Margarethenstr. 17-1, Liegnitz, Bismarckstr. 4 (Volkshaus) Waldenburg, Sandstr. 1 Gleiwitz, Postamtstraße 11, Herr Johann Rosch, Oppeln, Zimmerstraße 6, oder der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5, An der Mitter 58/59



Brauerei und Ausschank

## Zum großen Meerschiff

Inhaber Erich Vogel, Reuschstr. 28 (1. Mi. u. Königsplatz)

Ausschank nur selbstgebrauter Biere

Anerkannt gute Küche — Mittagstisch von 12—3 Uhr

## Gäststätte Alexander Boitto

Klosterstr. 85/87, Filiale Siebenhufener Str. 18

**Vorteilhafte Bezugsquelle in Lebensmitteln aller Art, Feinkost, Weinen Spirituosen Tabak, Zigarren und Zigaretten**

Bequemste Versorgungs-Möglichkeiten! Verkaufsstellen in allen Stadtteilen!

**6 Prozent Rückvergütung** die am Schluß des Jahres in bar ausgezahlt wird!

## Waaren-Einkaufs-Verein zu Görlitz A.-G.

## Trinkt nur Scobel-Biere